



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

2 StR 487/24

vom

29. Januar 2025

in der Strafsache

gegen

wegen Betrugs

Der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat auf Antrag des Generalbundesanwalts und nach Anhörung des Beschwerdeführers am 29. Januar 2025 gemäß § 154a Abs. 2, § 349 Abs. 2 und 4, entsprechend § 354 Abs. 1 StPO beschlossen:

1. Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 6. Mai 2024 wird
 - a) das Verfahren in den Fällen II.1 bis 4 und II.9 der Urteilsgründe auf den Vorwurf des Betrugs beschränkt,
 - b) der Schuldspruch dahin geändert, dass der Angeklagte des Betrugs in zwölf Fällen schuldig ist,
 - c) die Einziehungsentscheidung dahin ergänzt, dass der Angeklagte als Gesamtschuldner haftet.
2. Die weitergehende Revision wird verworfen.
3. Der Beschwerdeführer hat die Kosten seines Rechtsmittels zu tragen.

Gründe:

- 1 Das Landgericht hat den Angeklagten wegen Betrugs in zwölf Fällen, davon in fünf Fällen (Fälle II.1 bis 4 und II.9 der Urteilsgründe) in Tateinheit mit Fälschung be- weiserheblicher Daten, zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und zehn Mo- naten verurteilt und gegen ihn die Einziehung des Wertes von Taterträgen in Höhe von 12.147 Euro angeordnet. Die auf die Rüge der Verletzung formellen und materiellen Rechts gestützte Revision des Angeklagten hat mit der Sachrüge den aus der Ent- scheidungsformel ersichtlichen Teilerfolg; im Übrigen ist sie unbegründet.
- 2 1. Die Verfahrensbeanstandungen dringen aus den Gründen der Zuschrift des Generalbundesanwalts nicht durch.
- 3 2. Der Senat beschränkt aus prozessökonomischen Gründen gemäß dem An- trag des Generalbundesanwalts das Verfahren in den Fällen II.1 bis 4 und II.9 der

Urteilsgründe gemäß § 154a Abs. 2 StPO auf den Vorwurf des Betrugs. Dies zieht auf der Grundlage der rechtsfehlerfreien Feststellungen des Landgerichts zur mittäter-schaftlichen Begehung der Betrugstaten die Änderung des Schuldspruchs wie aus der Entscheidungsformel ersichtlich nach sich.

4 3. Der Ausspruch über die Einziehung ist dahin zu ergänzen, dass der Ange-
klagte als Gesamtschuldner haftet (vgl. zuletzt nur BGH, Beschluss vom 12. Dezember
2024 – 6 StR 571/24).

5 4. Darüber hinaus hat die auf die Sachrüge gebotene Nachprüfung des ange-
fochtenen Urteils keinen Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten erbracht.

6 a) Die Strafzumessung ist frei von Rechtsfehlern. Die Einzelstrafaussprüche in
den Fällen II.1 bis 4 und II.9 der Urteilsgründe werden durch die Beschränkung nach
§ 154a Abs. 2 StPO nicht berührt. Denn das Landgericht hat die tateinheitliche Ver-
wirklichung des Tatbestands des § 269 StGB ausdrücklich nicht zu Lasten des Ange-
klagten gewertet, da maßgebliches Ziel der Tathandlungen und damit auch Schwer-
punkt der Taten der Betrug gewesen sei. Die lange Verfahrensdauer hat die Strafkam-
mer strafmildernd berücksichtigt.

7 b) Im Übrigen begegnet es keinen revisionsrechtlichen Bedenken, dass das
Landgericht von einer Kompensationsentscheidung abgesehen hat. Dass die lange
Verfahrensdauer auf einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung beruht, ist
weder den Urteilsgründen noch dem Revisionsvortrag zu entnehmen.

Menges

Zeng

Meyberg

Zimmermann

Herold

Vorinstanz:

Landgericht Frankfurt am Main, 06.05.2024 - 5/30 KLS - 3630 Js 258360/21 (25/23)